



Stettiner

Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 25. März 1887.

Nr. 142.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zwei im al erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der Expedition monatlich **50 Pfennige**, mit Trägerlohn **70 Pf.**

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

14. Plenarsitzung vom 24. März.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär des Innern v. Bötticher, Geh. Rath Bosse.

Präsident v. Wedell-Piesdorff eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Anträge zur Gewerbeordnung, welche das Innungswesen betreffen.

Sie sind von drei Parteien, dem Zentrum, den Deutschkonservativen und der Reichspartei gestellt worden.

Die Anträge der erstgenannten beiden Parteien sind vollkommen identisch.

Die 6 Anträge zerfallen in zwei Gruppen: die erste bezieht sich auf den Befähigungs-Nachweis, die zweite auf die Vermehrung der Privilegien der Innungen.

Bezüglich des Befähigungs-Nachweises beantragen die Abg. Adermann (Deutschkons.) und Genossen in Übereinstimmung mit den Abg. Biehl (Zentrum) und Genossen, daß vor Beginn eines selbständigen Gewerbebetriebes gewisse, namentlich ausgezählte Handwerker einen Befähigungs-Nachweis zu erbringen haben in einer Prüfung vor einer besonderen, staatlichen Prüfungs-Behörde oder vor dem Prüfungs-Muschus der betreffenden Innung. Zugelassen zur Prüfung werden nur Personen, welche je drei Jahre als Lehrlinge und Gesellen gearbeitet und das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Der Antrag der Abg. v. Kardorff und Lohren (deutsche Reichspartei) verlangt auch einen Befähigungs-Nachweis; derselbe soll aber bei einer Reihe von Handwerken nur in dem Nachweis eines Lehrzeugnisses und einer dreijährigen Beschäftigung in dem betreffenden Gewerbe oder in einem verwandten Fabrikbetriebe bestehen. Eine Prüfung soll nur erforderlich sein für Gewerbe, welche bei mangelhafter Ausübung Leben und Gesundheit der Mitbürger gefährden, insbesondere für Brunnenmacher, Dachdecker, Fleischer, Maurer, Schornsteinfeger, Stukkaturen, Zimmerleute u. s. w. Die Prüfung soll aber vor einer staatlich eingesetzten Prüfungs-Behörde erfolgen.

Die zweite Gruppe von Anträgen bezieht sich auf die Innungs-Privilegien. Die Abg. Adermann (Deutschkons.) und Biehl (Zentrum) beantragen übereinstimmend, daß allen Innungen, denen mehr als die Hälfte der Handwerker des betreffenden Gewerbes in dem betreffenden Bezirk angehört, die Privilegien des § 100e der Gewerbeordnung auf ihren Antrag verliehen werden müssen (est können sie auf

Widerruf verliehen werden). Außerdem sollen in diesem Falle auch die außerhalb der Innung stehenden Meister zu Beiträgen für Einrichtungen der Innungen: Arbeitsnachweis, Herbergen, Fachschulen u. s. w. herangezogen werden können, deren Benutzung ihnen dann natürlich auch gestattet werden muß.

Die Abg. Graf Behr und Genossen wollen die zuletzt bezeichnete Beitragspflicht der Nicht-Innungsmaster nach den bestehenden Bestimmungen, d. h. widerruflich und fakultativ durch die Behörden der Innungen als Privileg nach § 100e verleihen lassen.

Abg. Biehl (Zentrum): Wir werden mit unseren Anträgen so lange wiederkommen, bis man den Wünschen des Handwerkes endlich gerecht geworden ist und erstreben mit den Konservativen vor Allem die Aufhebung der disziplinären Befreiung, welche § 100e der Gewerbeordnung bezüglich der Innungen der Behörde belegt. Sollen sie ihre Pflichten vollständig erfüllen, das Lehrlingswesen übernehmen, Fachschulen und Herbergen unterhalten, eventuell auch schiedsgerichtlich thätig sein, so müssen die sie befreiteten Vorschriften so formuliert sein, daß die Mitgliedschaft bei der Innung ein wertvolles, erstrebenswertes Gut wird. Wir sind keine Künstler, wir haben keine reaktionären Interessen. (Widerspruch links.) Wir wollen Ordnung im Handwerk, wollen es vor sozialistischen Gefahren schützen, seine Standesehrre wieder heben und Auswüchse, wie die Waaren-Abzahlungs-Geschäfte beseitigen. Was den Befähigungs-Nachweis betrifft, kann dessen Notwendigkeit für eine Anzahl von Gewerben nicht mehr ernsthaft in Abrede gestellt werden. Man denkt doch nur an die Fälle, wo Leben und Gesundheit Bieler gefährdet werden durch unsolide Bauten, errichtet von obskuren, durch diesen oder jenen Kapitalisten gedungenen Leuten, die niemals vom Baugewerbe das Geringste gelernt haben. Nur durch die Einführung des Befähigungs-Nachweises kann dem Unfug dieser "wilden" Betriebs-Unternehmer gestoppt werden. Man hat uns ja eine Enquete über die Frage der Einführung des Befähigungs-Nachweises im Baugewerbe versprochen; dieselbe scheint aber in den verschiedenen Theilen des Reiches ungleich und zum Theil nicht gründlich erfolgt zu sein. Was für das Baugewerbe gilt, gilt aber für eine lange Reihe anderer Gewerbe. Wer nicht will, daß die fundamentalen Säulen der gesellschaftlichen Ordnung der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden, nehme unsere Anträge an! (Beifall.)

Abg. Adermann (Deutschkonservativ): Endlich einmal muß doch entschieden werden, ob für unsere Vorschläge im Hause eine Mehrheit vorhanden ist oder nicht. Wir haben nicht einmal, nein zehnmal in diesem Hause betont, daß ohne Kräftigung der Innungen dem gewerblichen Wohlstande nicht geholfen werden kann; die Innungen müssen, wenn sie etwas nützen sollen, mit Vorrechten ausgestattet sein. Den fakultativen Innungen sind ja jetzt schon in der Gewerbeordnung manche Aufgaben zugewiesen; aber die Innungemitglieder sind es allein, welche die Arbeit der Einrichtung der gemeinnützigen Anstalten für ihr gewerbliches Fach leisten und die Kosten tragen müssen, während die Einrichtungen selbst jedem Handwerker, jedem Gesellen zu Gute kommen, gleichviel, ob er mit der Innung etwas zu thun hat oder nicht. Das Lehrlingsprivileg andererseits wird nur nach Belieben der Behörde den Innungen, die sich bewährt haben, verliehen. Das ist unzureichend, zumal die Innungen gar nicht wissen, was sie zu thun haben, um als im Lehrlingswesen bewährt zu gelten. Wir müssen etwas Bestimmtes, klares schaffen, wir müssen aussprechen, daß unter einer bestimmten Voraussetzung die Innungen ohne Vorbehalt jene Vorrechte erhalten müssen. Zu diesem Zwecke schlagen wir vor, daß es genügen soll, wenn die größere Hälfte der Gewerbetreibenden eines Bezirks der Innung angehört. Unser § 100e soll unter derselben Voraussetzung den Innungen das Recht geben, diejenigen, welche ihnen aus Indifferenzismus oder anderen Gründen nicht beitreten sind, zu den Kosten ihrer gemeinnützigen Veranstaltungen heranzuziehen. Den Befähigungs-nachweis haben wir aus demselben Grunde wiederum eingebracht. Man kann eben das Prin-

zip der Gewerbefreiheit vollständig anerkennen und muß doch zugeben, daß Ordnung und Disziplin im Handwerkerstande, die jetzt sehr gelockt sind, wiederhergestellt werden müssen, daß auch der schrankenlosen Konkurrenz wieder ein Regel vorgeschoben werden muß. Es ist unwahr, daß der Befähigungs-nachweis gegen die Gewerbeordnung verstößt. Er will Ordnung schaffen; Freiheit ohne Ordnung ist keine Freiheit. Ebenso wenig wird die Rückkehr zu den alten Meisterprüfungen mit allen ihren Missbräuchen und Ungerechtigkeiten damit erstrebt. Die Prüfung ist eine gute Einrichtung, die man wieder einführen soll, ohne die Missbräuche gleichzeitig wieder einzuführen und das wird dadurch erreicht, daß wir das ganze Prüfungswerk den oberen Behörden anvertrauen. Auch verhindert der Befähigungs-nachweis leineswegs, daß die Handwerker sich ebenso leicht selbstständig machen können, als dies heute geschieht. Wir wollen auch Fabrikarbeiter, wenn sie nur die nötige Ausbildung genossen haben, zur Prüfung zulassen. Ein weiterer Einwurf ist der, daß die Großindustrie durch den Befähigungs-nachweis nicht getroffen, dieses Hauptleben des Handwerkerstandes also nicht gemildert werde. Ja, ist es denn nicht schon etwas, wenn dem Handwerker die Konkurrenz nach unten hin, diejenige von Fabrikern und dergleichen abgenommen wird. Zur Vorbereitung für die Anträge beantrage ich eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Abg. Lohren (Reichsp.): Die innere Begründung der Forderung, daß auch Nicht-Innungsmaster zu den Kosten der Wohlfahrts-Einrichtungen für die Lehrlinge und Gesellen beitragen, wird wohl von keiner Seite mehr bestritten. Von den Anträgen des Zentrums und der Deutschkonservativen unterscheiden sich die unfrigen dadurch, daß wir den Innungsmästern keine unbeschränkte Macht über den Geldbeutel der Nicht-Innungsmäster verleihen, sondern die Entscheidung darüber der höheren Behörde übertragen wollen. Innungsmäster, welche auf dem Lande wohnen, dürfen doch nicht in gleicher Weise zu den in der Stadt befindlichen Wohlfahrtseinrichtungen, von denen sie einen direkten Vorteil nicht haben, mit ihrem Geldbeutel herangezogen werden; darüber muß eine Behörde entscheiden. Für unseren Antrag auf Einführung des Befähigungs-nachweises bildet das soziale Moment den Hauptgrund. Er soll für gute und ausreichende Durchbildung eine Prämie gewähren. Wir stehen dem Befähigungs-nachweis nicht feindlich gegenüber, wir wollen aber, daß die technische Prüfung, die wir für notwendig halten, nicht ausgeführt werde von parteilichen Mästern, sondern von unparteilichen Behörden; diese Prüfungen werden sich also ganz wesentlich von den bisherigen Prüfungen unterscheiden, wie sie in alter bekannter Weise nach den Vorschlägen Adermann, Biehl etc. wieder eingeführt werden sollen. Davon wollen wir unter keinen Umständen etwas wissen. Beschränken wollen wir diese Prüfung ferner auf diejenigen Gewerbe, welche bei mangelhafter Ausübung Leben und Gesundheit der Mitmenschen gefährden. Schon liegen mir aus dem Kreise der Steinmetzen, Optiker und Bandagisten Wünsche vor, unter diese Kategorie einbezogen zu werden. Im Übrigen halten wir ein Lehrlings- und ein Arbeitszeugnis, ersteres gehörig bestätigt von einer Innung (und bei 9900 Innungen wird es wohl möglich sein, diese Bestätigung für jedes Zeugnis zu erhalten) zur Erbringung des Nachweises für genügend. Alle die Handwerke, wo jeder Geselle die Hoffnung haben kann, in reiferen Jahren Meister und selbstständig zu werden, alle die Handwerke, die noch nach alter Weise, im Wesentlichen wie vor 100 Jahren, betrieben werden, sollen unter unserem Antrag fallen. Auch nach Annahme unseres Antrages wird die absolute Gewerbefreiheit fortbestehen. Jeder Unternehmer kann nach wie vor jedes Gewerbe treiben, aber er soll einen Vertreter engagieren, der den Nachweis seiner Befähigung nach unseren Anträgen zu erbringen hat. Nur wird schließlich der Kapitalist seinen Nacken beugen müssen unter einen tüchtigen Handwerker, und das wird man doch gewiß selbst auf der Linken nicht als Rücksicht ansehen. (Beifall rechts.)

Abg. Baumgärtner (Ofr.): Wunderbar ist die Bestimmung im Antrag Adermann, wonach

der Bundesrat von dem Nachweis beliebig dispensiren kann. Was da vom Reichsstaate noch übrig bleibt soll, ist nicht erfassbar. Nicht 2 Prozent aller deutschen Handwerker waren auf dem Handwerkertag in Löben vertreten, ein verschwindender Bruchteil wird durch die Innungen repräsentiert. Zu welchen Wunderlichkeiten der Befähigungs-nachweis in Österreich geführt hat, ist oft genug erörtert worden; ich will nur erwähnen, daß nach langen Verhandlungen man in Wien endlich entschieden hat, daß zur Herstellung von Faschingskrallen ein besonderer Befähigungs-nachweis nicht erforderlich ist. (Große Heiterkeit.) Auch bei uns machen sich die Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerben bereits geltend; die Konditoren beschweren sich in einer Petition darüber, daß man sie mit den Bäckern auf gleiche Stufe stellt. Und haben wir nicht in einer Kommission, welche in der vorigen Session Anträge berieb, Ähnliches bezüglich der Bader und anderer Gewerbe erlebt? Niemals wird es gelingen, die Fabrikarbeiter auch unter den Befähigungs-nachweis zu subsumieren. Wir werden deshalb gegen die Anträge stimmen, höchstens an der Seite der Nationalliberalen, die doch die Vergangenheit auf diesem Gebiete nicht verleugnen werden.

Abg. Meyer-Jena (natl.): Auf dem Standpunkt der Gewerbefreiheit stehen die Nationalliberalen auch heute und werden daher den Anträgen Adermann nicht zur Annahme verhelfen. Durch die Einführung eines Befähigungs-nachweises wird nach unserer Meinung das deutsche Handwerk nicht gefördert, sondern geradezu geschädigt. Das Publikum ist im Allgemeinen vollkommen in der Lage, sich selbst zu schützen. Das Publikum hat die Einführung des Befähigungs-nachweises nicht verlangt. (Widerspruch rechts.) Eine Verstärkung seiner Position gegenüber der Großindustrie erfährt der Handwerker durch den Befähigungs-nachweis nicht; also wird auch die Konkurrenz nicht verminder. Geschützt würden nur die jetzt in beständlichen Handwerken gegen die, welche sich erst neu etabliert haben. Das Missliche ist, daß die Prüfung durch Konkurrenten vorgenommen werden soll; die Missbräuche, die mit dieser Bestimmung in alten Zeiten getrieben worden sind, sind wohl noch allen in lebendiger Erinnerung. Die Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerben lassen sich in den meisten Fällen durch Gesetzesvorschriften überhaupt nicht beseitigen; ich erinnere nur an die unendlichen Verhandlungen zwischen den Berliner Barbieren, Friseuren und Perrückenmachern. Soll ein Wagenbauer in sämtlichen Gewerben, in die sein Handwerk hineingreift, die Prüfung bestehen, als Stellmacher, Sattler, Schlosser und Lackier? Daß durch diese Einrichtung aber der Betrieb von Nebengewerben außerordentlich erschwert wird, versteht sich von selbst. Alle Ausnahmestellungen können hieran nichts ändern, besonders wenn sie allen Möglichkeiten gerecht werden wollen, und demgemäß so zahlreich werden, daß man nicht mehr weiß, was Regel und was Ausnahme ist. Mit der Verweisung aller Anträge an eine Kommission sind wir einverstanden. Wir sind bereit, sie sorgfältig zu prüfen. Aber alle Maßregeln, welche dem Handwerk helfen sollen, müssen stehen auf dem Boden der modernen Wirtschaftsordnung, sonst werden sie das Handwerk nicht fördern, sondern schädigen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Grillenberger (Soz.-Dem.): Die konservativen und Zentrumsanträge haben nach unserer Meinung hauptsächlich den Zweck, daß die Handwerker sich die armen Teufel, die ihnen Konkurrenz machen, vom Leibe halten wollen. Durch den Befähigungs-nachweis wird das Proletariat aber noch vermehrt und damit den Abzahlungsgeschäften in die Hände gegeben. Ein Arbeiter, der nicht die Prüfungsgebühren bezahlen kann, soll nach der Meinung des Herrn Adermann vom Handwerk fern bleiben. Er erhebt sehr wenig vom Handwerk und ich würde nicht, welcher Innung er beitreten könnte, vielleicht höchstens der Dresdner Blechschmiede als Obermeister. (Oh! rechts, Heiterkeit.) Schon jetzt bestehen Zänkereien zwischen den einzelnen Gewerben, z. B. zwischen Bäckern und Konditoren. Was wird erst geschehen, wenn der

Befähigungsnachweis eingeführt wird? Das wird einen hübschen Stoff für die liegenden Blätter, den Ull u. s. w. geben. Ich bin eigentlich der Meinung, daß diese Frage wie das Septennat ohne Kommissionsberathung erledigt werden könnte, ich werde jedoch für Kommissionsberathung stimmen, in der Hoffnung, daß aus der Kommission nichts herauskommen wird. Wir können nicht zugeben, daß den Innungen besondere Vorrechte gegeben werden. Der Befähigungsnachweis gibt keine Garantie dafür, daß wirklich tüchtige Lehrlinge ausgebildet werden. Wäre es nicht ehrlicher, gleich die Zwangsinnung einzuführen? Welche Innungen haben sich denn auf dem Gebiete der Fortbildungsschulen u. s. w. bewährt? Auf dem Gebiete des Herbergewesens haben sie so gut wie gar nichts geleistet. Die Innungsmeister sind auch die krausrigsten in der Verarbeitung von Unterstüttungen an wandernde Handwerksgelehrte. Wollen Sie den kleinen Handwerkerstand wirklich heben, so verwerthen Sie ihn zu Produktionsgenossenschaften mit staatlicher Unterstützung.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Die Anträge gehen an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Schluss 5 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Preußischer Landtag.

In der heutigen (10.) Plenarstaltung des Herrenhauses wurde nach Erledigung einiger kleiner Gegenstände der Tagesordnung die Berathung über die kirchenpolitische Vorlage fortgesetzt.

Professor Dr. Dove knüpfte an die geistige Debatte an. Er findet, daß für Deutschland jedenfalls die akademische Vorbildung derjenigen auf den Seminarien vorzuziehen sei. Ein Vertrag mit einer geistlichen Macht sei mit einem Friedensschluß mit anderen politischen Mächten doch nicht zu vergleichen. Gewiß sei ein Friede mit der Kurie dringend wünschenswerth, indem eine bestimmte feste Grenzregulierung dringend geboten. Möge man Theil II Titel I des preußischen Landrechts wieder herstellen, oder das österreichische Gesetz vom 7. Mai 1874 oder auch das württembergische Gesetz von 1862 einführen. Feste Normen aber müßten vorhanden sein. Die Anzeigepflicht wolle er preisgeben, wenn man an deren Stelle die elsässisch-lotringische oder kaiserliche Bestätigung sehe. Daß der Protestantismus noch etwas werth sei, haben die letzten Wahlen bewiesen. Leo XIII. sei gewiß ein Mann des Wohlwollens und des Friedens, aber er siehe an der Spitze einer Wahlmonarchie und habe tatsächlich nur einen geringen Einfluß auf Bischöfe und Klerus, auf das Zentrum aber gar nicht. Die preußische Regierung, machtvol in allen anderen Beziehungen, solle der Kurie gegenüber sich schwach erzeigen? Das verleihe das protestantische Gefühl. Ein Hünne, wie der Reichskanzler, möge auch ohne Waffen mit der Kurie fertig werden. Er (Redner) könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß man sich der Kurie waffenlos ergebe, und müsse deshalb gegen die Vorlage bestimmen.

Frhr. v. Mirbach spricht mit Wärme für die Vorlage, betont, daß er mehr Vertrauen zum Ministerpräsidenten, als zu den Herren Beseler, Strudmann oder Dove habe. Auch anerkennt er dankend das Bemühen des Herrn Bischofs Dr. Kopp, sowie anderer hervorragender katholischer Mitglieder dieses Hauses, um zum Frieden zu gelangen. Für die Heftigkeit, mit welcher der Kultuskampf geführt, treffe den Herrn Ministerpräsidenten keine Schuld. Die Wunden aber, welche der Kirche geschlagen, treffen auch den Staat selbst. Umso mehr sei es allseitig geboten, in die Bahnen des Friedens einzulenken.

Graf v. Brühl dankte dem Ministerpräsidenten für das vorliegende Gesetz, sprach auch sein Vertrauen zu dem Herrn Kultusminister aus. So lange des Letzteren wohlwollende Verwaltung dauere, würde die Vorlage vielleicht gar nicht nötig sein. So aber bitte er, den Entwurf mit den Amendements des Bischofs Dr. Kopp anzunehmen.

Herr Dr. Miquel betonte, daß die Gegensätze bei der Kurie durch die Maigesetze nicht geschaffen, sondern nur verschärft seien, und daß dieselben auch mit der Bestätigung derselben nicht verschwinden würden. Nun sei allerdings zum ersten Male das wichtige Moment eingetreten, daß der Papst die Stärkung Deutschlands für wünschenswerth erklärt habe; andererseits sei im Ganzen die politische Entwicklung Deutschlands zu einer Macht geworden, deren Bedeutung die Kurie zu würdigen wisse. Das Zustandekommen des Friedens liege heute im beiderseitigen Interesse. Der konfessionelle Standpunkt dürfe bei der Herstellung des Friedens und besonders bei der Frage der Wiederherstellung der Orden nicht maßgebend sein; hier handele es sich allein um staatliche Angelegenheiten. Daß die Kurie in einem rein katholischen Staate weniger Garantien verlange, als in einem paritätischen, sei begreiflich. Es würden thatsächlich jetzt immer noch mehr Rechte des Staates aufrechterhalten, als vor 1848—1873 bestanden hätten. Allerdings gebe man mit der jetzigen Vorlage bis zur äußersten Grenze des Möglichen. Er werde heute für die Kommissionsbeschlüsse stimmen, und er hoffe, daß mit Annahme derselben der dauernde Friede hergestellt werde. Dagegen erklärt er sich gegen die weitergehenden Amendements des Herrn Bischofs Dr. Kopp. In der Vorlage selbst aber

erkennt er den Abschluß des Friedenswerkes, das dem Vaterlande zum Segen gereichen werde.

Frhr. v. Landsberg (Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages) wünscht, daß dieses Gesetz zu Stande komme. Die Vorwürfe, welche gegen die Zentrumsfraktion in dieser Frage gemacht würden, beruheten auf Irrthum und falscher Auffassung. Im Übrigen spricht er dem Herrn Ministerpräsidenten seinen Dank für die Vorlage aus, und bittet, nicht sowohl im Interesse der katholischen Kirche, sondern des Staates selbst, um Annahme der Kommissionsbeschlüsse mit den Amendements des Herrn Bischofs Kopp.

Graf Biezen - Schwerin trat dem Herrn v. Mirbach in Bezug auf dessen Ausführungen über das Verhältniß der Katholiken und Protestanten bei. Lebzigens werde er für die Kommissionsvorschläge stimmen, aber nicht für die Amendements des Bischofs Dr. Kopp. Schließlich trat er für größere Freiheit der evangelischen Kirche ein.

Frhr. v. Mantaußel bestreitet demgegenüber, daß die evangelische Kirche von der katholischen Kirche bedrängt werde. Jedenfalls werde durch die Beseitigung des Kulturmampfes die Stellung der evangelischen Kirche nicht verschlechtert.

Darauf wurde die General-Debatte geschlossen und dann nach dem Vortrage des Referenten, der die wohlwollende Prüfung der Amendements des Herrn Bischofs Dr. Kopp empfahl, zur Spezial-Debatte übergegangen.

In dieser wurde zunächst der Artikel 1 (Seminare) nach kurzer Empfehlung durch den Bischof Dr. Kopp unverändert angenommen.

Der Artikel 2 lautet in seinem § 1 nach den Kommissionsbeschlüssen:

„Die Verpflichtung der geistlichen Oberen zur Benennung der Kandidaten für ein geistliches Amt, sowie das Einspruchrecht des Staates werden für die Bestallung des Verwesers eines Pfarramts (Administrators, Provisor) aufgehoben.“

Graf Rothkirch - Traub beantragt, diese Aufhebung an die Bedingung zu knüpfen, daß die Dauer der Administration einen Zeitraum von 6 Monaten nicht überschreite. Dieses Amendment wurde abgelehnt; dagegen ein Antrag des Bischofs Kopp mit großer Majorität angenommen, welcher, den Gedanken des Kommissionsantrages positiv ausdrückend, dem § 1 des Kommissionsbeschlusses folgendes zweite Alinea hinzufügt: „Das Einspruchrecht gilt fortan nur für die dauernde Übertragung eines Pfarramts.“ Der § 1a des Art. 3 lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: „An Stelle des § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 von Nr. 2 ab tritt folgende Bestimmung: „2) wenn der Anzustellende aus einem auf Thatsachen beruhenden Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört, für die Stelle nicht geeignet ist. Diese Thatsachen, welche den Einspruch begründen, sind festzustellen.“

Bischof Dr. Kopp befürwortet dagegen folgende Fassung: „wenn der Anzustellende aus einem ernsten und wichtigen Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört und nicht von der rechtmäßigen Erfüllung eines bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechts oder der Erfüllung einer kirchlichen Amtspflicht hergenommen werden darf, für die Stelle nicht geeignet ist. Die Thatsachen, welche den Einspruch begründen, sind festzustellen.“

Gegen diesen weitergehenden Antrag erklären sich bestimmt die Herren Dr. Miquel und v. Kleist-Nehow, weil derselbe das ganze Einspruchrecht illusorisch mache.

Der Kultusminister konnte zwar nicht erklären, daß dieser Antrag Kopp für die Staatsregierung absolut unannehmbar sei; jedenfalls sei derselbe durchaus unverquem.

Es wird darauf der Antrag des Herrn Bischofs Dr. Kopp, betreffend die weitere Einschränkung des staatlichen Einspruchrechts, mit großer Majorität abgelehnt und in gleicher Weise der Kommissionsantrag genehmigt.

Die §§ 2 und 3 des Artikels 2 veranlassen keine Debatte.

§ 4 des Art. 2 (welcher von der im Absatz 1 ausgesprochenen Straffreiheit der Sakramentespendung und des Messfeierns die nicht zugelassenen Orden ausschließt) erhält eine etwas veränderte Fassung. Dem Antrage des Bischofs Dr. Kopp, diesen Absatz vollständig zu streichen, hatte der Herr Kultusminister bestimmten Widerspruch entgegengesetzt.

(Um 4 Uhr erschien der Herr Ministerpräsident, Reichskanzler Fürst von Bismarck im Hause.)

Die Artikel 3 und 4 wurden ohne Debatte angenommen.

Art. 5 enthält die Abänderungen des Ordnungsgesetzes, der § 1 derselben wurde in folgender, vom Bischof Dr. Kopp beantragter Fassung angenommen: „Im Gebiete der preußischen Monarchie werden wieder zugelassen diejenigen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche, welche sich a. der Aushilfe in der Seelsorge, b. der Uebung der christlichen Nächstenliebe, c. dem Unterrichte und der Erziehung der weiblichen Jugend in höheren Mädchenschulen und gleichartigen Erziehungsanstalten widmen; d. deren Mitglieder ein beschauliches Leben führen.“

Die übrigen Theile des Entwurfs führten zu keiner Debatte.

Der Bischof Dr. Kopp erklärte, daß er, obwohl er manche Wünsche in dem Gesetze nicht erfüllt sehe, doch um das Friedenswerk nicht zu

stören, unter obwaltenden Verhältnissen für das ganze Gesetz stimmen werde.

Dasselbe wurde darauf im Ganzen mit sehr großer Majorität (dafür u. A. auch der Reichskanzler Fürst Bismarck und Dr. Miquel) angenommen, dagegen die Resolution, betreffend eine Änderung der Gesetze vom 20. Januar 1875 und 7. Januar 1876, abgelehnt.

Schluss 5 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Nächste Sitzung morgen. (Eisenbahn - Vorlagen.)

in der Charlottenstraße hatte ein Transparent mit folgender Inschrift angebracht:

„So viel Haare hier gefallen
Bon dem Haupt durch meine Scheeren,
So viel Jahre wünsch' ich Allen,
Die dem Kaiser gleich an Ehren.
Möge Kraft und Muth Dich zieren
Lang', o Kaiser, daß hienteden
Oft ich Manchen noch fristren
Und barbieren kann in Frieden.“

In der Neanderstraße fiel das Schaufenster einer Nähmaschinenfabrik auf. Neben vorbergeschmückten Büsten des Kaisers und Kronprinzen war die Kyffhäuser-Sage plastisch dargestellt; dicht daneben standen zwei Miniatur-Nähmaschinen, welche fortwährend an endlosen Streifen nähten. Darunter las man:

„Wir beiden kleinen Maschinen
Thun's heut nicht um's Verdienen.
Wir nähen heut Kaiserfahnen
In endlos langen Bahnen.
Die eine die Schwarz-Roth-Weissen,
Die andere die für Preußen!“

An einem Restaurant war folgende Inschrift befestigt worden:

„Hoch Kaiser Wilhelm, Kaiser groot
So riech an Ruhm un Ehr;
So groot, wie Kaiser Wilhelm is
Gäst keinen Zweiten mehr!“

Eine Firma in der Potsdamerstraße, die im Lichte von Kerzen erstrahlte, trug auf dem Sodell einer Kaiserbüste die Aufschrift:

„Das größte und das beste Licht
Ist Edison'sches Glühlicht nicht,
Das größte, beste strahlet mild
Und schlicht und treu von diesem Bild.“

— (Bur Richtschnur.) Feuerwehr-Oberkommandant (zu der versammelten Mannschaft): „Na, gestern haben wir uns wieder einmal tüchtig blamiert. Bis wir an den Schauplatz des Brandes kamen, war das Haus schon bis zur Erde abgebrannt. Von nun an wird die neue Ordnung eingeführt, bei jedem Brande muß die ganze Mannschaft fünf Minuten vor dem Ausbruche des Feuers pünktlich am Brandplatz versammelt sein!“

— (Im Café.) „Was studiren Sie denn da so eifrig?“ — „Die Verlustliste.“ — „Verlustliste? Wir haben doch noch keinen Krieg!“ — „Ich meine den Kurszettel!“

Schiffsbewegung.

Der Postdampfer „Fulda“, Kapt. R. Ringk, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 12. März von Bremen abgegangen war, ist am 22. März wohlbehalten in Newyork angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 24. März. Deputirtenkammer. Boyer (radikal) interpellierte die Regierung wegen der Auflösung des Municipalrathes in Marseille und ist der Ansicht, daß, wenn man diesem die Kundgebung zu Gunsten der Commune zum Vorwurf mache, derselbe Vorwurf auch andere, besonders den Muizipalrat in Paris, treffen, es wären demnach alle Municipalräthe von der Auflösung bedroht. Der Ministerpräsident Godet erwidert, die Verherrlichung der Commune verleihe das nationale Gefühl auf's Tiefe, ein gleiches Schicksal werde alle Municipalräthe treffen, die Kundgebungen zu Gunsten der Commune machen würden. Damit ist der Zwischenfall geschlossen.

Paris, 24. März. Der Municipalrat berichtet heute die Frage der Viehzölle, derselbe sprach im Prinzip nicht günstig aus, beschloß jedoch, angefangen des Preisrückgangs für Vieh der Commune Freiheit der Aktion in dieser Frage zu lassen.

Paris, 24. März. Deputirtenkammer. Berathung der Vorlage über die Zuschlagsetze auf die Viehzölle. Die Kammer beschloß mit 333 gegen 221 Stimmen, auf die Berathung der einzelnen Artikel einzugehen.

Die Abtheilungen der Deputirtenkammer wählen heute die Kommission zur Vorberathung der vom Finanzminister Dauphin eingebrachten Vorlage über die Umbildung der Steuer von beweglichem Vermögen; von den gewählten 11 Commissionsmitgliedern sind 10 Gegner der Vorlage.

Jules Ferry hat sich heute in Marseille nach Algier eingeschifft.

London, 24. März. Oberhaus. Der Lordpräsident des Geheimen Raths, Viscount Cranbrook, erwiderte auf eine Anfrage, die Regierung sei im Besitze einer schriftlichen Erklärung Chinas, nach welcher China für die Besetzung Port Hamiltons oder eines anderen Theiles von Korea Bürgschaft leisten und der sich ergebe, daß Rusland die Zuschärfung erhebt habe, das Gebiet von Korea nicht beherrschen zu wollen, falls Port Hamilton von den Engländern geräumt sei. Rusland habe die bezügliche Zuschärfung nicht England, sondern China erhebt.

Oberhaus. Bei Fortsetzung der Berathung über den Dringlichkeitsantrag für die Strafrechtsnovelle für Irland nahm zunächst Gladstone das Wort, derselbe erklärte, daß die Opposition die durch die Zustände Irlands nicht gerechtfertigte Zwangsbill Schritt für Schritt auf das Entscheidende bekämpfen werde.

Sofia, 24. März. Der Regent Sivolow und der Ministerpräsident Radoslawow haben ihre Rundreise in die Provinzen gestern angetreten. Der Justizminister Sivolow ist von Konstantinopel hierher zurückgekehrt.

denke ich, wird es kein Grauen mehr erwecken, sondern Segen und Glück stiften."

"Freilich, Onkel Heidek," lächelte James, "nun muß ich Dir denn doch wieder Recht geben."

"Weil jedes Ding zwei Seiten hat und beide in der rechten Beleuchtung ganz vortrefflich aussehen," bemerkte Charley; "doch ist die schneide Goldseite richtig vom Vater beleuchtet worden, und ich beuge mich seinem Urtheil wie seiner Erfahrung."

Vater Heidek strich über Stirn und Augen und meinte dann, daß es noch zeitig genug sei, das Telegramm nach London aufzugeben.

"Läßt Deinen Vater nur kommen, James," lächelte er wehmüthig, "ich freue mich darauf wie ein Kind, den alten Charley Longfield wiederzusehen, — denn ohne seine brüderliche Hilfe hätte ich meine Mary nicht heimführen können."

Charley Heidek sah nun ein Telegramm an den Waffenschmied auf, das ihm den Tod des Bruders meldete und von James unterzeichnet

war. Die beiden jungen Männer gingen selber damit nach dem Telegraphen-Amt, und der elektrische Funke brachte die Postkraft blitzschnell hinüber nach der Themse, um hier Schreden und Verwirrung anzurichten.

11.

Auf der Fähre.

Während der kleine joviale Herr Rosemeier aus Hannover im Hotel seinen Koffer schleunigst packte und noch in derselben Stunde mit dem Nachzug westwärts davon dampfte, befand sich ein anderer Bekannter von uns, der elegante Gentleman, Mr. Steen, alias Hinze, auf dem Wege nach Wien, um dort der Spur des geheimnisvollen Mörders zu folgen und sein kriminalistisches Genie zu dokumentieren.

Auf dem Bahnhof in Aachen, als Herr Rosemeier gerade im Begriff stand, den Kourierzug nach Antwerpen zu besteigen, zuckte er plötzlich unmerklich zusammen, während sein Blick starr und drohend wurde. Er sah einen höchst eleganten Herrn vor der zweiten Klasse eines anderen

Zuges, der ebenfalls zur Abfahrt bereit war, stehen, die Mitpassagiere mustern und nun in's Koupée einsteigen.

"Wohin führt jener Zug?" fragte er hastig einen Schaffner.

"Nach Köln, mein Herr!"

Herr Rosemeier stieg rasch ein, drückte sich behaglich in eine Ecke und lächelte harmlos.

Als der Zug sich in Bewegung setzte, zog er sein Kursbuch hervor und studierte die Dampfschiffahrt von Antwerpen nach London.

"Alles nach Wunsch," dachte er vergnügt; "Mittwoch früh geht ein Schiff nach London, ich kann also ohne Verzug die Fahrt fortsetzen."

Plötzlich schien ein Gedanke ihn jäh zu durchzucken.

"Es wäre mein Tod," seufzte er in sich hinein. "Nichts in der Welt ist mir verhaschter als das lahme Wort: Zu spät! — Es klingt wie Hohn und Spott, wie Tod und Grab — —"

Seine Gedanken konzentrierten sich dann auf einen Punkt, wobei die Stirn sich wieder erhobte. "Hinze hätte London nicht sobald schon

verlassen, wenn er den Vogel im Netz und seine Mission so rasch erfüllt hätte," folgerte er in Gedanken weiter. "Aber er ist ein geriebener Kopf, — er wird nicht auf's Gerathewohl in der Welt umherküscheln und eine Spur im Auge haben; er sah zu sorglos und siegesbewußt aus, — keine den feinen Gentleman."

Herr Rosemeier drückte sich tiefer in die Ecke und schloß die Augen, um schärfer kombinieren zu können, wobei sein glattrasiertes Gesicht einen unruhigen Ausdruck annahm. "Er hat in London keine Spur gefunden," spann er seinen Gedankenfaden weiter, "wird sich aber jedenfalls mit der Londoner Polizei in Verbindung gesetzt haben. Wenn er bereits auf der Heimreise — halt, halt!" rief er unwillkürlich halblaut, worauf er ängstlich umherblickte, ob jemand ihn beobachtet und seinen Ausruf vernommen habe, doch die Mitreisenden schliefen sämlich und beruhigt atmete er auf.

(Fortsetzung folgt.)

Ziehung 1. April.
Haupttreffer 348,000 Fres.
Das billigste Loos der Welt
ist das

Türkische 400 Franken
Eisenbahn-Staats-Loos,

das ich à Mk. 40, — versende.

Jährlich finden regelmässig alle zwei Monate, im Ganzen also sechs Ziehungen statt, wovon 3 mit Haupttreffer von 348,000 Franken und 3 mit dem Haupttreffer von 174,000 Franken. Nebentreffer sind Franken 34,800, 17,400, 14,500, 11,600, 5,800, 3,580, 1,740, 1,160 etc., kleinster Treffer 232 Fr.

Im Laufe der Ziehungen muss jedes dieser türkischen Looses mindestens 232 Franken gewinnen und da ich diese Looses — auch einzelne — bis auf Weiteres à Mk. 40, — netto per Stück versende, so ist, ohne die bedeutende Spielchance in Anschlag zu bringen, ein Nutzen von circa Mk. 145, — per Loos sicher.

Die Auszahlung aller Gewinne findet in Gold hier, in Paris und Wien statt.

Auf monatliche Ratenzahlungen kommt ein Loos Mk. 48, — zu stehen, indem ich Abgeber gegen 8 Raten à Mark 6, — bin.

Sobald die erste Rate von Mk. 6, — bezahlt ist, bekommt der Käufer Schluss-Schein mit Angabe der Nummer, welche alsdann vollständig zu seinen Gunsten spielt.

Homberger's Börsen-Comptoir,
Erfurt a. M.

Baugewerk-, Maschinen- und Mühlenbau-Schule
Neustadt in Mecklenburg. Auskunft durch den Director Jenzen.

Soeben erschien in meinem Kommissions-Verlage:

Pyl, Th. Dr., Professor an der Universität zu Greifswald,
Geschichte der Greifswalder Kirchen und Klöster, sowie ihrer Denkmäler.

Mit Grundrissen und 18 Tafeln Abbildungen.

Julius Bindewald's akadem. Buchhandlung.

XIII. Jahrgang.

Deutsche Rundschau.

Herausgeber: Julius Rosenthal. Verleger: Gebrüder Paetel in Berlin.

Die "Deutsche Rundschau" nimmt unter den deutschen Monatschriften gegenwärtig unbestritten den ersten Rang ein. Ein Sammelpunkt der bedeutendsten Novellisten, der gesetztersten Dichter und Forscher hat die "Deutsche Rundschau" durch die Musterqualität ihres Inhalts allgemein anerkannte Geltung als

repräsentatives Organ der gesammten deutschen Kulturbestrebungen erlangt.

Nichts ist von dem Programm der "Deutschen Rundschau" ausgeschlossen, was in irgend welcher Beziehung zu der geistigen Entwicklung unserer Tage steht; in ihrem Gefüge sind die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung niedergelegt; in ihrem novellistischen Theile bietet sie die hervorragendsten Werke unserer besten zeitgenössischen Dichter und Novellisten; ihre Chroniken folgen gewissenhaft allen bedeutenden Vorgängen auf den Gebieten des Theaters, der Musik und der bildenden Kunst; ihre literarischen Kritiken, von den angehendsten unserer Kritiker verfaßt, heben aus der Flut der Erscheinungen dasjenige hervor, was — sei es in der Belletristik, sei es in der wissenschaftlichen Literatur — irgend welchen Anspruch auf Beachung seitens der gebildeten Kreise unserer Nation verdient.

Die "Deutsche Rundschau" erscheint in zwei Ausgaben:

a) Monats-Ausgabe in Heften von mindestens 10 Bogen. Preis pro Quartal (3 Hefte) 6 M.

b) Halbmonatshefte von mindestens 5 Bogen Umfang. Preis pro Heft 1 M.

Abonnements nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen.

Probehefte sendet auf Verlangen zur Ansicht jede Buchhandlung, sowie die Verlagsbuchhandlung von

Gebrüder Paetel in Berlin W., Lützowstraße 7.

XIII. Jahrgang.

XIII. Jahrgang.

Caviar, neu, Ural-, grossk., pr. Ko. 26.60

Eier Blöklinge, grosse, 40—45 gr. Postk. 5.60

do, kleine, ca. 145 gr. 3.00

Spockflunder, fl., geräuch., delle, 3.00

Lachsbrätling, fl., luftbar, ... 3.50

... ca. 200 gr. 2.50 Ko.-Kist. 2.00

Kiel. Sprotten, ca. 2 K. 3.50 pr. K. 6.50

Russ. Kronsardinen, fl., neue, pfe. 200 gr. F. 3.00

Gelée-Aal, dicke, 1/2 Postk. 3.50

Fischbrändle, Rollmöpse, fl., pfe., ca. 40 gr. F. 3.25

Klipfisch, ger., weiße, flache, pr. Postk. 3.75

Frische Scheffel, ausgew., p. Postk. 3.25

Seefische, Scholl, Seezunge, ... 3.00

Seelachs, Scholl, Seezunge bill. empfiehlt

E. H. Schulz, Altona b. Hamburg. Etabl. 1864.

Sicherer Mittel

gegen

Pferde-Kolit

(Krämpfe, Verstopfungs- und Windkolit), dem Verberben nicht unterworfen, empfiehlt die Flasche (für 8 bis 10 Turen hinreichend) 5 M. nebst Gebrauchs-Anweisung und Verpackung bei Franko-Zusendung durch das deutsche Reich und Österreich-Ungarn die

Adler-Apotheke in Biesen.

Zahlreiche Atteste liegen vor, wie z. B.:

Das Kolitmittel hatte in sämtlichen Fällen den erwünschten Erfolg. Senden Sie mir, bitte, nochmals eine Flasche.

Lobach (Reg. Bez. Trier). Klein, Posthalter.

Pungenchwund nicht.

Ashma, sowie alle Krankheiten des Halses und der Luftwege sind durch meine Mittel nachweislich noch in hohem Stadium heilbar.

Leher Suersen, Hamburg, Albertstr. 2.

Asthma

ist heilbar. Projekt gratis.

Chem. Fabrik Falkenberg, Grünau bei Berlin.

Haben Sie
Etwas zu
annonciren?

Gleichviel

in welchen Zeitungen des In- oder Auslandes.

Das vertrauenswürdigste Annoncen-Bureau

Haasenstein & Vogler

BERLIN

SW. Beuthstr. 15. — W. Potsdamerstr. 135.

ist seit 30 Jahren bekannt durch seine

Billigkeit — Aufmerksamkeit —

Verschwiegenheit.

Milches Sarepta-Fluid

bedeutet nach Einschätzung sofort von den heftigsten rheumatischen Schmerzen und Reizern mit dauerndem Erfolg und heilt rheum. Gelent-Anschwellungen, Verkrümmungen, Lähmungen. Von den vielen Rheumatismus-Kranken denen dieses Mittel geholfen hat, sind bei mir jederzeit deren Briefe über die vortreffliche Wirkung dieses Mittels einzusehen. Original-Flaschen a 3 M. Bezahlung 50 S., mit Gebrauchsanweisung sind mir allezu zu beziehen von

J. Barth, Apotheker

Berlin 50., Könipler-Strasse 129

Reiselehrer für Pommern

wird von einem eingeführten Hause der

Enz- u. Posamentier-Branche

gesucht. Berücksichtigt werden nur solche Bewerber, die mit Erfolg obige Provinz bereit haben. Adr. unter R. L. 925 an Rudolf

Mosse, Berlin C., Königstraße 55, erbauen.

Für sofort wird ein Hauslehrer gesucht. Adr. unter

G. P. an die Expedition dieses Blattes, Kirchplatz 3.

Ein junger musikalischer Lehrer sucht zu Ostern eine

Stelle als Hauslehrer oder an einer Schule.

Offertern unter E. X. postlagernd Güstrow in Pommern.

Agent gesucht!

Für unsere Fabrik für Militäracke, Puspomade, Wachs &c. suchen bei hoher Prov. einen Agenten, der in Stettin und Pommeren bei der Handelsfahrt gut einsichtigt ist.

H. & A. Lubszynski, Berlin O. 27.

Die verehrlichen Leser unserer Zeitung machen wir hierdurch darauf aufmerksam, daß der heutigen Nummer unseres Blattes ein Prospekt über die berühmten Sodener Mineral-Pastillen beiliegt.

Bauterrains.

Bon unsern ausgedehnten Bauterrains stellen wir zur diesjährigen Bauperiode gutgelegene konsensfähige Parzellen zu Häusern und Villen unter koulanter Bedingungen zum Verkauf und zwar an folgenden regulirten Straßenzügen:

Deutschestrasse — König-Albertstrasse — Preussische-Strasse — Blücherstrasse — Petrikofstrasse — Scharnhorststrasse — Werderstrasse — Ernst-Moritz-Arndt-Platz — Falkenwalderstrasse &c.

Näheres für zahlungsfähige Reflektanten auf unserm Comptoir, Dampfschiffsbauwerk 3, Vorm. 10—12 Uhr.

Pommerscher Industrie-Verein a. Akt.

Preisliste der Cigarren- und Tabak-Fabrik

von Gier & Haberland, Potsdam.

Art.	Charakter	Größe	Verpack.	Preis
51	mittelfestig	mittel	1/20 Kiste	169 M.
52	gross	—	140	—
1	mild	sehr gross	—	120
24	mittelfestig	gross	—	100
4	fest	mittel	—	90
29	fest	mittel	—	85
5	fest	mittel	—	75
6	fest	mittel	—	60
27	qualitätsreich	mittel	1/10 K	